

Einfache Antworten auf komplexe Fragen gibt es nicht

Wer ohne Lebenshoffnung ist, sollte nicht kriminalisiert werden

Mit Blick auf die anstehende parlamentarische Gesetzgebung zur Suizidbeihilfe sei Hörsting einerseits für das Verbot der geschäftsmäßigen Hilfe zur Selbsttötung, gleichzeitig aber gegen eine Bestrafung von Privatpersonen: „Wo jemand keine Lebenshoffnung mehr hat, hilft keine Kriminalisierung.“ Weit verbreitet wäre heute die Ansicht: „Ich lebe selbstbestimmt, ich sterbe auch selbstbestimmt.“ Für Christen gelte jedoch: „Wir gehören nicht uns selbst, sondern sind von Gott geschaffen. Aus dieser Perspektive schließt sich auch jede Hilfe zur Selbsttötung aus!“ Wichtig sei, das Leben zu schützen. Dazu gehörten auch schmerzlindernde Therapien, die ein würdiges Sterben ermöglichen.

„Marsch für das Leben“

Beim „Marsch für das Leben“, der zeitgleich in Berlin stattfand, gehe es ebenfalls um Tötung, erklärte der Präses. Er stehe vollständig hinter dem Anliegen, das ungeborene Leben zu schützen. Er warnte davor, dass sich eine Gesellschaft an die Praxis der Tötung von ungeborenen Kindern gewöhne. Für aggressive Gegendemonstrationen mit plakativen Aussagen wie: „Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben“, habe er kein Verständnis. Gleichzeitig kritisierte er Christen, die alle Frauen, die abgetrieben haben, als Mörderinnen bezeichneten.

Flüchtlinge keine Missionsobjekte

Die Menschen, die nach Deutschland als Flüchtlinge kommen, sieht Hörsting „als Chance Gottes“, ihnen seine Liebe weiterzugeben. Auf der anderen Seite bleibe die Unsicherheit, welche Folgen die Zuwanderung für die Gesellschaft in Deutschland habe. Er warnte davor, nur Flüchtlingen mit

christlichem Hintergrund zu helfen. Gottes Liebe gelte ebenso Menschen mit einer anderen religiösen Herkunft. Es dürfe allerdings nicht der Eindruck entstehen, Christen nutzten die Notlage der Flüchtlinge aus, um sie zu missionieren. Zugleich gehöre es aber dazu, den Glauben zu bezeugen und über Gott ins Gespräch zu kommen. Besonders für Muslime sei das selbstverständlich.

Während des Bundestages informierte die Freikirche, wie sie Flüchtlingen helfe wolle. Mit Spenden sollen Projekte örtlicher Kirchengemeinden finanziert werden. Drei Freie evangelische Gemeinden berichteten über ihre laufenden Hilfsprojekte. Seit mehreren Jahren hätten verschiedene Gemeinden des Bundes mit Deutschkursen, materiellen Hilfen und internationalen Café-Projekten Erfahrungen gesammelt. Davon könne man in der jetzigen Herausforderung profitieren. Seit Anfang des Jahres sei die Facebook-Seite „FeG-Netzwerk Flüchtlinge“ als Austausch-Plattform online, die von Pastor Immo Czerlinski (FeG Saarlouis) initiiert wurde.
